



Gehör für die Freien Berufe!

L'Union Nationale des Professions Libérales



Christophe Sans

Deutschland und Frankreich erleben derzeit eine Reihe von Widrigkeiten. Umso wichtiger ist es, dass wir der gemeinsamen Botschaft der deutschen und französischen Freiberuflerinnen und Freiberufler im neuen Europäischen Parlament (EP) und anschließend bei der neuen Europäischen Kommission Gehör verschaffen. Deshalb haben wir gemeinsam ein Manifest erarbeitet, das wir demnächst an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahlen im Juni 2024 verschicken werden.

Die populistischen und extremistischen Gruppierungen werden weiter an Zuspruch gewinnen. Deshalb wird unsere Stimme umso mehr Gehör finden, wenn wir im neuen EP auf starke pro-europäische Kräfte zählen können, die dieselben Werte vertreten wie wir. Wir hoffen auf gute Kontakte zu den Abgeordneten der Fraktion »Renew Europe«, in der Frankreich die stärkste Delegation stellt und die wahrscheinlich auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Mehrheitsbildung spielen wird.

Europa der Grundrechte und Freiheiten

Wir stehen vor einer zivilisatorischen Herausforderung. Ist Europa die letzte Bastion, die Demokratie und Grundrechte verteidigt? Jedenfalls rufen die Freien Berufe die Abgeordneten dazu auf, ein Europa der Grundrechte und Freiheiten gegen all diejenigen zu verteidigen, die in Europa selbst eben diese Rechte – insbesondere die Rechte der Frauen, aber auch die Pressefreiheit usw. – beschneiden wollen. Das erfordert unablässige Wachsamkeit, denn diesbezüglich ist nichts, was einmal erreicht wurde, automatisch von Dauer.

Die Freien Berufe haben einen großen Anteil an der Umsetzung dieser Rechte. 2003 betonte das EP in einer Entschließung, dass die Freien Berufe Träger eines »besonderen sozialen und öffentlichen Interesses sind, das Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gleichgestellt werden kann«.

Tatsächlich tragen Beratungsqualität und Kompetenz der Freiberuflerinnen und Freiberufler zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Rechtspflege, eines hohen Gesundheitsniveaus der Bevölkerung, der Sicherheit von Unternehmen usw. bei. Alle dies sind Ziele, die der Gerichtshof der Europäischen Union als »zwingende Gründe von allgemeinem Interesse« anerkennt, welche die Grundlage für berufsrechtliche Regelungen bilden.

Denjenigen, die glauben machen wollen, dass Europa sich nicht für seine Bürgerinnen und Bürger interessiert, müssen wir das Gegenteil beweisen: Europa hat bereits viel für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger getan und wir wollen an diesem bürgernahen Europa mitarbeiten, in dem die Rolle der Freien Berufe voll anerkannt werden muss. Unsere Dienstleistungen nützen direkt den wesentlichen, sogar lebenswichtigen Interessen unserer Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden und tragen zur Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges sowie des Zusammenhalts unserer demokratischen Gesellschaften bei. Ein bürgernahes Europa ist ein Europa, das sich über die Verbraucherrechte hinaus dafür einsetzt, die Bürgerrechte und den Zugang zu qualitativ hochwertigen freiberuflichen Dienstleistungen zu gewährleisten, und das die Wahrnehmung der Unionsbürgerschaft durch das, was wir als »europäische Lebensweise« bezeichnen, stärkt. Die europäische Gesundheitsunion wird zukünftig – ebenso wie der europäische Rechtsraum – ein wesentlicher Pfeiler dieses Konzepts sein.

2023 feierte der Binnenmarkt sein 30-jähriges Bestehen. Im Vergleich zum Binnenmarkt für Waren steckt der Binnenmarkt für Dienstleistungen jedoch noch in den Kinderschuhen und wird sich nur dann entwickeln, wenn er in Zukunft auch wirklich den Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht nur den Unternehmen,

einschließlich der kleinsten Unternehmen, von denen wir einen erheblichen Teil stellen. Der Begriff »gesellschaftliche Akzeptanz« ist hier von grundlegender Bedeutung. Wir hoffen, dass der Bericht von Enrico Letta, der auf Ersuchen der belgischen Ratspräsidentschaft demnächst vorgelegt werden soll, diese Richtung einschlägt.

Wir sind der Ansicht, dass nicht nur die neue EU-Kommission, sondern auch das neue Parlament ihren Ansatz im Vergleich zu dem ihrer Vorgänger radikal ändern müssen. Die Freien Berufe benötigen unter Wahrung der ihnen zugrunde liegenden Kernelemente (hohes Qualifikationsniveau, Beibehaltung der Unabhängigkeit, Berufsgeheimnis usw.) Unterstützung und Förderung, statt dass nur an den Wettbewerb und eine mögliche Einschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs gedacht wird. Die Sicherstellung von sachgerechten Dienstleistungen erfordert insbesondere eine angemessene Stärkung von Kompetenzen und Qualifikationen, die jedoch nicht mit protektionistischen Bestrebungen verwechselt werden darf.

Attraktivität Freier Berufe

Nach Ansicht der L'Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL) sollte der von ihr geforderte »Liberal Professionals Services Act« ganz allgemein die Attraktivität Freier Berufe steigern, und zwar in einem Umfeld, das Unternehmergeist, Innovation und Kreativität fördert. Dadurch könnte die EU-Kommission den Austausch über bewährte Verfahren zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit unserer freiberuflichen Einheiten ausweiten.

Wie alle Unternehmen benötigen auch Freiberuflerinnen und Freiberufler ein solides Umfeld eindeutiger Regelungen, das auf die Vermeidung doppelter Arbeit und übermäßigen Verwaltungsaufwands ausgelegt ist. Sie werden besonderes Augenmerk auf die im Rahmen des neuen Leitplans für KMU geplanten Maßnahmen richten. Vor allem bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung sollte die Qualität der zu veröffentlichenden Informationen unbedingten Vorrang vor ihrer Quantität haben.

Getreu ihren Grundwerten hat die EU im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) durch einen regulatorischen Ansatz Zeichen gesetzt, was wir nur begrüßen können. Doch nun sollten auch Bedingungen für Innovation geschaffen werden, das heißt ein echtes europäisches KI-Ökosystem, an dem wir Freiberuflerinnen und Freiberufler als Partner auf Augenhöhe beteiligt sind. ■

Christophe Sans ist seit dem 14. Februar 2024 Präsident der französischen Freiberufler-Organisation L'Union Nationale des Professions Libérales (UNAPL).